

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung schrittweise einführen – Zugangshürden abbauen, Chancengleichheit herstellen!

Kindertagesbetreuung ist ein wichtiges Instrument der lokalen Armutsprävention. Krippen, Kindertagesstätten (Kitas) und Horte werden längst nicht mehr nur als Orte der Betreuung und Erziehung begriffen, sondern zu Recht auch als Bildungseinrichtungen. Die Vermittlung von kognitiven und sozialen Fähigkeiten oder von Sprachkenntnissen ist Bestandteil der Anforderungen geworden, die an die Kinderbetreuungseinrichtungen gerichtet werden. Frühkindliche Bildung und Förderung gilt als maßgeblich für den späteren Bildungserfolg eines Kindes. Die frühe Teilhabe an Kindertagesbetreuung kann zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit führen. Letztere zu steigern ist dringend geboten, denn die soziale Ungleichheit beeinflusst in Deutschland besonders stark die Startchancen, den späteren Bildungsweg und die Lebensqualität von Kindern, wie eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im vergangenen Jahr erneut belegt hat (OECD-Bildungsbericht 2014). Bremen belegt im Ländervergleich regelmäßig einen traurigen Spitzenplatz bei der Kinderarmut und die sozialräumliche Spaltung zwischen Arm und Reich ist in Bremen besonders hoch.

Frühkindliche Bildung ist daher für die Stadtgemeinde Bremen auch von besonderer sozialpolitischer Bedeutung. Ziel muss sein, sie möglichst sozial-inklusiv zu gestalten. Das setzt voraus, Kinder aus allen sozialen Schichten in die Einrichtungen frühkindlicher Bildung aufzunehmen. Für eine sozial ausgewogene Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung müssen Zugangshürden minimiert werden. Eine der Zugangshürden sind Kita-Gebühren.

Bundesweit geht der Trend hin zu einer Senkung oder Abschaffung der Kita-Gebühren – mit gutem Grund: Kindertagesbetreuung ist ein Baustein des Bildungssystems, und Bildung muss beitragsfrei und für jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zugänglich sein.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft strebt die Abschaffung der Kita-Gebühren an, um den sozial-inklusiven Charakter und Bildungsgedanken der Kindertagesbetreuung zu untermauern. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat daher um Einleitung der erforderlichen Schritte und Maßnahmen, um bis zum Kindergartenjahr 2019/2020 alle Krippen- und Kitaplätze inklusive Essensversorgung gebührenfrei anbieten zu können.
2. Bis zur Abschaffung der Kita-Gebühren wird der Senat um Einleitung folgender Maßnahmen zur schrittweisen Umsetzung der Gebührenfreiheit gebeten:
 - a) Senkung der Kita-Gebühren, insbesondere zur kompletten Gebührenbefreiung von Leistungsempfängerinnen/Leistungsempfängern und Entlastung der unteren Einkommensgruppen,
 - b) Gebührenbefreiung des ersten Jahres der Kindertagesbetreuung (Einstiegsjahr) ab dem Kindergartenjahr 2017/2018 für jedes Kind, um Zugangshürden zu senken und eine bürokratiearme und möglichst frühe Heranführung an die Angebote der frühkindlichen Erziehung und Bildung zu erreichen.

Sophia Leonidakis,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE